

Beilage 527.**Mündlicher Bericht**

des

Ausschusses für den Staatshaushalt

zum

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stock und Genossen (SPD), Dr. Stang und Genossen (CSU) und Dr. Dehler und Genossen (FDP):

Die Staatsregierung wird ersucht, sofort an den Kontrollrat mit der Bitte um Einstellung der Restdemontage bei der Firma Kugelfischer, Schweinfurt, heranzutreten.

Zugleich möge an den Kontrollrat die Bitte herangetragen werden, eine Kommission von Wirtschaftlern und Ingenieuren einzusetzen, welche die Aufgabe hat, die Folgen der Demontage der Firma Kugelfischer für die deutsche Industrie zu untersuchen.

Berichterstatter: Hagen Lorenz.

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung.

München, den 14. Juli 1947.

Der Präsident:
Dr. Horlacher.

Beilage 528.**Antrag.**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, über den gegenwärtigen Stand der Organisation der Arbeitsgerichtsbehörden, Arbeitsgerichte und Schlichtungswesen sowie der Feststellungsbehörden für die Sozialversicherung, Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und Landesversicherungsamt Auskunft zu erteilen und Aufschluß über den Umfang des Arbeitsanfalls bei diesen Behörden zu geben.

München, den 10. Juli 1947.

Stock
und Fraktion (SPD).

Beilage 529.**Antrag.**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, einen Sachverständigen-Ausschuß zu bilden, der alle Probleme, die sich aus der Unterbringung in den Arbeitslagern ergeben, zu studieren und alle Möglichkeiten zu prüfen hat, die darauf abzielen, die verschiedenen Gruppen der Internierten, je nach dem Grad ihrer Belastung, ihrem Alter und ihrer möglichen Erziehbarkeit zur Demokratie zu trennen und geeignete Formen und pädagogische Mittel zu finden, die die spätere Einordnung der für die Demokratie zu gewinnenden Personen gewährleisten.

Begründung:

Die Beobachtungen der letzten zwei Jahre haben ergeben, daß die in den Arbeitslagern befindlichen Personen während der Zeit ihrer Unterbringung in weit höherem Maße als allgemein angenommen wird, weitanschaulich zu einer einheitlichen Masse zusammenwachsen und damit eine erhöhte Gefahr für die Demokratie bilden. Es ist auch zu befürchten, daß sich aus diesen Kreisen Elemente einer zukünftigen Untergrund- und Sabotagebewegung zusammenfinden werden, um die bestehenden Ansätze der Demokratie zu gefährden.

Gegen die hier gekennzeichnete Entwicklung müssen rechtzeitig geeignete Mittel gefunden und wirksame Maßnahmen ergriffen werden, besonders um die für die Demokratie noch erziehbaren Insassen der Arbeitslager durch getrennte Unterbringung, demokratische Schulung und sonstige Maßnahmen, nach ihrer Entlassung aus den Lagern der Gesellschaft wieder als nutzbare Glieder zuzuführen. Andererseits aber erscheint es dringend erforderlich, schon jetzt auf die gekennzeichneten Gefahren hinzuweisen und Überlegungen anzustellen, wie diesen Gefahren durch demokratische Mittel begegnet werden kann. Vor der Geschichte wird jede Unterlassung in dieser Richtung als unverzeihlicher Fehler gekennzeichnet werden.

München, den 14. Juli 1947.

Stock
und Fraktion (SPD).